

Ehrenamtliches Engagement erfährt nicht genug Wertschätzung durch die Stadt!



Joachim Tonn
Ratsmitglied

Die Sanierungsarbeiten am ehemaligen Pfarrzentrum St. Joseph sind abgeschlossen und die Räumlichkeiten machen nun einen guten Eindruck. Da dieser Standort ideal für ein sozialkulturelles Zentrum ist, sollten die Räume nun auch insgesamt schnell sinnvoll genutzt werden, wie es schon seit einiger Zeit die Brücke der Kulturen (HBK) mit dem Asylcafé macht.

Das klingt erst einmal gut. Aber in einem Gespräch, das ich zusammen mit meiner Ratskollegin Margit Reisewitz mit Vertreterinnen der HBK geführt habe, machten diese deutlich, dass die Finanzierung des Vereins insgesamt, der Angebote und neuer Initiativen immer schwieriger werde. So ist gerade das Projekt Job-Lotsen neu gestartet: es basiert auf der ehrenamtlichen Arbeit dreier Teams, die Migranten rund um das Thema Ausbildung und Beruf in allen Bereichen hilfreich zur Seite stehen und als Ansprechpartner für Schulen und Arbeitgeber dienen können. Es ist zu befürchten, dass solche Angebote der HBK aufgrund der chronischen Unterfinanzierung vor dem Aus stehen.



(v.l.n.r.) Ana Mussawi (HBK), Elena Letezki (HBK), Joachim Tonn (SPD), Margit Reisewitz (SPD)

Ehrenamtliches Engagement bedarf der Wertschätzung. Diese bedeutet mehr als Sonntagsreden und einer Räumlichkeit

wie St. Josef, sondern erfordert eine auskömmliche Mittelausstattung. Diese ist bisher durch die Stadt leider nicht gewährleistet! Wir werden uns im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wie in den Vorjahren dafür einsetzen, dass genügend Mittel für ehrenamtliches Engagement in den städtischen Haushalt des kommenden Jahres eingestellt werden. Wollen wir hoffen, dass Bürgermeister und CDU wie auch Grüne mehr Einsicht zeigen als in den vergangenen Jahren!

Bis es soweit ist, sind weitere Helfer und Spenden notwendig und willkommen.

Dieses könnte bei der HBK – deren Büro ist unter der Rufnummer 02233/7138669 erreichbar – oder in einer der vielen anderen ehrenamtlichen Organisationen in Hürth geschehen!

Gegen „America First“ hilft nur „Europe United“ Europawahl am 26. Mai 2019



Lukas Gottschalk
OV-Vorsitzender

Am 26. Mai 2019 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Bereits jetzt möchte ich Sie dazu aufrufen, Ihr Wahlrecht wahrzunehmen. Gegen „America First“ hilft nur „Europe United“. Statt weltpolitischer Alleingänge bekennen wir uns weiterhin zur großen Idee der Vereinigten Staaten von Europa, die vor Ort auf einem soliden Fundament starker und

solidarischer Gemeinschaften gebaut ist. Wir brauchen den politischen Wechsel in der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Eine auf die Zukunft gerichtete Investitionspolitik muss Vorrang vor dem angeblich bedingungslosen Kaputtsparen haben. Handelspolitik ist immer auch Friedenspolitik. Deswegen wollen wir die Globalisierung fair gestalten. Der Handel muss sich an sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Zielen orientieren. An der Finanzierung des Gemeinwohls müssen

sich alle beteiligen. Deshalb müssen Steuern dort bezahlt werden, wo Gewinne anfallen. Zudem müssen die Finanztransaktionssteuer und die Digitalsteuer umgesetzt werden. Damit schaffen wir Freiräume, um stärker in Bildung, Arbeitsplätze und Infrastruktur zu investieren.



von Lukas Gottschalk



Straßenbaubeiträge abschaffen!

Wenn der Gebührenbescheid kommt, wird es teuer!

von Monika Streicher



Monika Streicher
Distriktvorsitzende

Der Schrecken, wenn der Gebührenbescheid über Straßenbaubeiträge kommt, ist bei uns Anwohnern groß. In Hürth beträgt der Anteil, den wir Anlieger tragen müssen, in den meisten Fällen 60-70 % der Kosten. Straßenbaubeiträge dürfen eigentlich nur für die Erneuerung von Straßen, Kanälen usw., nicht für bloße Reparaturmaßnahmen erhoben werden. Oft wird die Reparatur aber über viele Jahre hinausgezögert, mit der Folge, dass die Straßen doch erneuert werden müssen. Wir müssen uns dann doch an den Kosten beteiligen. Das ist auch deshalb ungerade, weil wir alle als Steuerzahler diese Straßen bereits bezahlt haben! Die Beitragsbelastungen sind im Einzelfall sehr hoch und reichen schnell bis in den vier- oder fünfstelligen Bereich. Das ist für die Betroffenen hart und oft finanziell nicht zu stemmen: die Kalkulation der jungen

Familie, die sich hoch verschuldet hat, um überhaupt Eigentum zu schaffen, gerät aus den Fugen. Die älteren Bewohner, die ihre Altersvorsorge auf das Eigentum setzen, und es haben, ihr Häuschen ganz oder teilweise abzuzahlen, müssen es wieder belasten; wenn das überhaupt klappt, denn im Landtag aus CDU/FDP den Antrag auf Abschaffung abgelehnt. Andere Bundesländer wie Bayern, Thüringen haben die Beiträge längst abgeschafft. In Mecklenburg-Vorpommern läuft eine Volksabstimmung zu dem Thema. Baden-Württemberg hat nie Straßenbaubeiträge erhoben. Wir fordern, dass die Finanzierung von Straßenbauarbeiten grundsätzlich vom Land übernommen wird, kommunale Straßenbaubeiträge abgeschafft werden. Das Land könnte z.B. ein bestimmtes Budget für Straßenbau zur Verfügung stellen, die Stadt kann eine Prioritätenliste erstellen für Neubau, Reparatur und Erneuerung. Es ist Zeit für neue Konzepte!



Ab hier wird es meistens Teuer!

welche Bank gibt einem älteren Bewohner einen Kredit? Die SPD Fraktion hat deshalb im Landtag einen Gesetzentwurf vorgeschlagen, der die Abschaffung der Straßenbaubeiträge vorsieht. Der Steuerzahlerbund hat ebenfalls eine Initiative zur Abschaffung gestartet, selbst die CDU Landesvereinigung NRW der Mittelständler hat sich für eine Abschaffung ausgesprochen. Leider hat die Mehrheit

Kernpunkte:

- Keine Gebühren für Reparaturen
- Reparaturen dürfen nicht hinausgezögert werden
- Selbst Bund der Steuerzahler und Teile der CDU sind für Abschaffung!
- Gebühren so nicht mehr zeitgemäß
- Neue Konzepte notwendig!

Toiletten für Busfahrer – zu teuer?



von Monika Streicher

An vielen Haltestellen der Buslinien unserer Stadt, so auch am Busbahnhof der Linie 18, gibt es keine Toiletten für die Busfahrer. Mangels Alternativen erleichtern sich diese regelmäßig in den umliegenden Büschen, was die jeweiligen Anwohner und Passanten natürlich nicht freut. Der aktuellen Tagespresse entnehmen, dass die Stadtwerke in Hürth-Berrenrath, wo ein entsprechendes Problem existiert, ein Toilettenhäuschen aufstellen werden. Ich habe

deshalb im Interesse der Busfahrer und der Anwohner die Stadtwerke angeschrieben und diese gebeten, eine entsprechende Lösung an den Haltestellen insbesondere am Busbahnhof der Linie 18 vorzunehmen. Eine öffentliche Toilette an dem Busbahnhof gibt es nicht. Ich hatte den Stadtwerken auch empfohlen, sich insoweit mit der RVK kurzzuschließen, da deren Busfahrer genauso betroffen sind. Weiter hatte ich vorgeschlagen, dass bis zur Errichtung eines

festen Toilettenhäuschens vorübergehend abschließbare Dixie Toiletten für die Busfahrer aufgestellt werden. Leider habe ich bis heute keine schriftliche Antwort der Stadtwerke erhalten. Die Miete einer mobilen Dixie Toilette kostet nach Angaben des Chefs der Stadtwerke, Dr. Dirk Ahrens-Salzsieder, ca. 60,00 € im Monat. Sind uns Busfahrer, erst recht, wenn sie auch noch für die Stadtwerke und die Stadt Hürth fahren, das nicht wert?



Wir bedanken uns für all Ihr Vertrauen, Mitarbeit, Unterstützung, angenehme Gespräche und auch Kritik in diesem Jahr und wünschen Ihnen, Ihren Angehörigen und Freunden eine besinnliche Adventszeit, ein friedvolles Weihnachtsfest und für das neue Jahr Gesundheit, Zufriedenheit und Erfolg.



Impressum V.i.S.d.P:

Monika Streicher; Hans-Böckler-Str. 166 b; 50354 Hürth; tel. 02233 70489; mail. streicher@ra-streicher.com

Beerdigung in Hürth bald Luxus?

Friedhofsgebühren steigen weiter

von Heiko Twellmann



Heiko Twellmann
Ratsmitglied

Viele von uns sind für die 9 Friedhöfe der Stadt angepasst werden. Überhaupt nicht nachvollziehbar ist die Grabnutzungsgebühr für Totgeborene und die Erhöhung für Eltern und allein der Gedanke ein Kind zu verlieren ist so entsetzlich, dass man es kaum in Worte fassen kann. Aber nun sollen Eltern von Totgeborenen und viel zu früh verstorbenen Kindern in unserer Stadt in ihrer Trauer noch weiter zur Kasse gebeten werden?

„Das kann doch nicht sein“ denken Sie?

Doch, genau das hat die Verwaltung nun mit Hilfe der CDU/GRÜNE bei der Änderung der Friedhofsatzung beschlossen! Da die Bestattungskultur sich in den letzten Jahren erheblich von der klassischen Sargbestattung hin zu Urnengräbern oder anderen Formen der Bestattung verändert hat, mussten laut Verwaltung die Friedhofsatzung und damit auch die Gebühren



Wird die letzte Ruhestätte bald zum Luxus?

ein Kindergrab. Während in Hürth für Totgeborene knapp 700 € Gebühren anfallen, kostet eine Stelle in Frechen weniger als 50 € und in Köln einen ähnlichen Betrag. Anderen Städten gelingt es also deutlich besser, bei Totgeborenen und Kindern erträglichere Gebühren abzubilden. Auch für Erwachsene werden die Beerdigungskosten weiter steigen. Eine pflegefreie Reihengrabstätte wird in

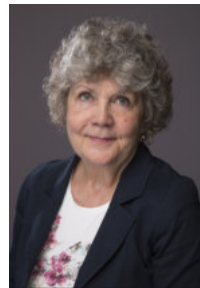
Zukunft knapp 3.000 € kosten. Hinzu kommen noch die Bestattungsgebühren und die Gebühren für die Trauerhalle. Nicht jeder kann oder will sich das leisten! Unser Vorschlag alternative und kostengünstige Bestattungsformen wie Naturwald oder Kolumbarium aufzunehmen, hätte der Stadt zusätzliche Einnahmen für unsere 9 ortsnahen Friedhöfe gesichert. Dies wurde jedoch vom Bürgermeister und seiner Ratsmehrheit abgelehnt. Dennoch werden Menschen für ihre Verstorbenen auch weiterhin nach günstigeren Lösungen suchen und eine Beerdigung dann in anderen Städten durchführen. Was helfen dann ortsnahen Friedhöfe, wenn man sich diese nicht leisten kann.

Da wir der Meinung sind, dass es sich jeder Hürther Bürger leisten können soll, in Hürth bestattet zu werden, haben wir der neuen Gebührenordnung nicht zugestimmt!

Kein Geld für mehr Sicherheit durch Partnerschaften!

Kreis-Jamaika lehnt Gelder für Ordnungspartnerschaft in Haushaltsberatungen ab

von Margit Reisewitz



Margit Reisewitz
Ratsmitglied

Haben Sie manchmal ein unsicheres Gefühl wenn Sie unterwegs sind? Ärgern Sie sich über wild campende LKW's oder illegale Müllentsorgung? Haben Sie das Gefühl, das Ordnungsamt lässt sich zu wenig vor Ort sehen? Das Konzept der sogenannten Ordnungspartnerschaften will einem solchen Gefühl, einem solchen Ärger Rechnung tragen: dieses Konzept sieht vor, die Ordnungsdienste der Städte durch zusätzliches Personal zu stärken, das zur Hälfte vom Kreis finanziert wird. Diese neuen Mitarbeiter sollen in dreimonatigen Schulungen auf ihre Aufgaben vorbereitet werden. Um die Sichtbarkeit zu erhöhen,



v.l.n.r.: Hans Günter Eilenberger (Frechen), Hans Krings, Margit Reisewitz (Hürth), Andreas Lipp (Kerpen), Dierk Timm und Dieter Freytag (Brühl).

soll es eine einheitliche Dienstkleidung und Fahrzeuge geben. Ziel ist es, die Außen diensttätigkeit der Ordnungsämter zu finden eine solche Zusammenarbeit zwischen Kreis und bisher 12 Städten und Gemeinden bereits statt. Unsere Nachbargemeinde Brühl hat mit einem verstärkten Einsatz des Ordnungsdienstes gute Erfahrungen gemacht und z.B. die Probleme auf dem Balthasar-Neumann-Platz beseitigt. Die SPD hat deshalb im Kreis beantragt, im Haushalt für ein solches Konzept Gelder zu berücksichtigen. Der Vorschlag wurde in den Haushaltsberatungen leider abgelehnt.

Soviel zu den Beteuerungen der Jamaika-Koalition, die Sicherheit der Bürger liege ihnen am Herzen!

Im Oberbergischen Kreis

Jede Zeit hat ihre eigenen Herausforderungen

Von Stephan Renner und Lukas Gottschalk



Stephan Renner Fraktionsvors.
Lukas Gottschalk OV-Vorsitzender

Die derzeit muss diese nach außen vergeben wurden über 50 Millionen Euro in in der Politik werden. Auch dafür ist derzeit Geld da. Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen Der Hinweis auf einen Investitionsstau und mögliche Versäumnisse in der Vergangenheit ist da völlig überflüssig. Auch bei den Schulen wird von Seiten des Bürgermeisters der Eindruck erweckt, einen Investitionsstau in öffentlichen Gebäuden ist nicht nachvollziehbar. Anlass dieser Diskussion ist die Sanierung des Daches im Schwimmbad De Bütt. Da gibt es 2018 eine turnusmäßige Prüfung des Daches und bei dieser Prüfung werden Risse festgestellt. Außerdem sind die Fassade, die tragende Stahlkonstruktion sowie die Bodenbeläge zu erneuern. Dazu soll jetzt eine Sanierungsplanung erstellt werden. Gut so! Am Geld werden die Planung und die Sanierung nicht scheitern. Und wenn die Verwaltung die Planung nicht mit eigenen Leuten hinbekommt, dann



Neugestalteter Eingangsbereich Ernst-Mach-Gymnasium

dass Gebäude in der Vergangenheit vernachlässigt wurden. So ein Unsinn! Hürth hat sich schon immer um seine Schulen gekümmert. Von 2008 bis 2016

Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen in die Schulen gesteckt. Die Sanierungen der sanitären Anlagen an allen Hürther Grundschulen sowie die Erweiterung des Schulstandortes Efferen und der Anbau der Carl-Orff-Grundschule sind gute Beispiel hierfür. Neben dem Neubau der Gesamtschule und der Sanierung des Bauteils B des Ernst-Mach-Gymnasiums waren dies in den vergangenen Jahren viele Dach- und Fassadensanierungen, aber auch Neugestaltungen von Schulhöfen, wie an der Bodelschwingschule und der Clemen-tinenschule. Jede Zeit hat ihre Herausforderungen. Und in den nächsten Jahren gibt es einige davon. Allein der Neubau der Bauteile A und C des Ernst-Mach-Gymnasiums wird über 22 Mio. € kosten.

Den Stadtbus attraktiver machen

Die SPD fordert: Stadtbusverkehr am Sonntag, Verlängerung der Bedienungszeiten am Samstag und neue Linie

von Michael Kleofasz



Michael Kleofasz
Ratsmitglied

Seit 1997 fährt der Stadtbus in Hürth. Er verbindet nicht nur die verschiedenen Stadtteile, sondern hat zu auch einer hohen Mobilität aller Bevölkerungsschichten beigetragen. Auf Antrag der SPD wurde dem Verwaltungsrat der Stadtwerke im Oktober 2018 ein Bericht zur Entwicklung des Stadtbusse vorgelegt. Der Stadtbus umfasst acht Linien im 20- Minuten-Takt auf einem Streckennetz von 50 km. Er bedient 184 Haltestellen. Ende 2017 wurden 3,3 Mio. Personen mit dem Stadtbus befördert. Jetzt gilt es den Stadtbus weiter zu entwickeln. Dazu hat die SPD eine Reihe von Vorschlägen in die Debatte eingebracht. Diese reichen von der Verlängerung der Bedienungszeiten am Samstag über die Einführung eines Sonntagsverkehrs bis zur Einführung einer neue Stadtbuslinie

von Kalscheuren nach Marsdorf. Außerdem sollen die Neubaugebiete in Fischenich (Marktweg-Süd) und Efferen-West an den Stadtbus angeschlossen werden. Falls diese Forderungen im Planungsausschuss verabschiedet werden, was nach

Fahrplanwechsel im Dezember 2019 die Verbesserungen eingeführt werden, hängt vom organisatorischen und finanziellen Aufwand ab. Ein weiteres wichtiges Anliegen ist die Umstellung der gesamten Stadtbusflotte auf alternative



Drehscheibe für den Stadtbus - derZOB am Hürth Park

Antriebe. Bereits beschlossen ist der Einsatz von 5 weiteren Wasserstoffbussen, die im nächsten Jahr zum Einsatz kommen sollen. Der Umstieg vom Auto zu Bus und Bahn funktioniert nur mit einem attraktiven ÖPNV. Und deshalb

Redaktionsschluss dieser Zeitung noch nicht feststand, gehen die Stadtwerke in die Umsetzung. Ob denn bereits im Laufe des nächsten Jahres oder erst zum

brauchen wir in Hürth ganz konkret Verbesserungen beim Stadtbus.

